Revolutionärer Sturmangriff vom Betrieb aus!

Jeder Betrieb eine rote Burg!

300 neue Betriebszellen im Bezirk bis 1. Oktober — 10 000 neue Betriebsarbeiter für die Partei — Erstes Etappenziel am 1. Juni: 70 neue Betriebszellen und 3000 neue Parteimitglieder aus den Betrieben

Der 2. Bezirksparteitag hat als konkrete Aufgaben zur Durchführung der Politik unserer Partei vom Betrieb aus beschlossen, bis zum 1. Oktober 1932 rund 300 neue Betriebszellen zu schaffen und 10 000 neue Parteimitglieder aus den Betrieben zu werben. Von den 10 000 neuen Mitgliedern sollen 3000 Arbeiterinnen sein. Die erste Etappe dieses Betriebsturmes ist das Soll von 70 neuen Betriebszellen, 3000 neuen Parteimitgliedern, darunter 950 Arbeiterinnen aus den Betrieben. Die sächsischen Partei-Organisationen sind gerüstet. Das revolutionäre Trommelfeuer in den Betrieben setzt ein. Gegen die brutalen Angriffe der Ausbeuter, gegen die Kriegsvorbereitungen, gegen sozialfaschistische Streikbruchpraxis, gegen den Mordterror der gekauften Hitlerfaschisten wird die Partei und die RGO die rote Einheitsfront aller Arbeiter und Arbeiterinnen schmieden und die Betriebe in engstem Kampfbündnis mit den Erwerbslosen zum Gegenangriff führen.

Der Bezirk Sachsen, dessen politische und organisatorische Kräfte in den letzten Jahren außerordentlich gewachsen sind, stellt sich die Aufgaben, wie die Beschlüsse des Bezirksparteitages beweisen, ganz konkret. So ist die Verteilung für das erste Etappenziel bis 1. Juni auf die einzelnen UB:

70 Betriebe		3000 Betriebsarbeiter	
UB 1 = 5	neue Zellen	200	davon 75 Arbeiterinnen
UB 2 = 8	„ „	400	„ 150 „
UB 3 = 5	„ „	180	„ 50 „
UB 4 = 4	„ „	150	„ 50 „
UB 5 = 15	„ „	600	„ 200 „
UB 6 = 12	„ „	300	„ 175 „
UB 7 = 8	„ „	400	„ 150 „
UB 8 = 5	„ „	200	„ 50 „
UB 9 = 8	„ „	400	„ 150 „

Die Unterbezirke und Ortsgruppen haben zur Konkretisierung dieses Planes schon die Betriebe in denen mindestens neue Zellen geschaffen werden, festgelegt. Es sind folgende Betriebe:

UB Bautzen: Wünsches Erben, Ebersbach; Sohre, Gerberei, [illegible]; Hammerwerk Löbau; Glasfabrik Eibenstein, Bischofswerda; [illegible] & Klunge, Oldersdorf; Textilbetriebe Bernstadt.

UB Dresden: Hecker, Chemie; Laube, Zigaretten; Sprebel, Kartonagen; Kunstdruck, Niedersedlitz; Staatl. Porzellanmanufaktur Meißen; Gaswerk Dresden-Reick; Textilfabrik, Schurig, Großröhrsdorf.

UB Riesa: Tümmler, Döbeln; Chemische Fabrik v. Heyden, Weißig; Metallfabrik, Roßwein; 2 Gaszellen.

UB Freiberg: Halsbrücker Hütte; Muldenhütte; Lederfabrik Zug; Zellpfanfabrik, Oederan.

UB Leipzig: Atlaswerke (Chemie), Mölkau; Mansfeld, Paunsdorf; BW, Brandenburger Str.; „Neueste Nachrichten"; Tiefbauamt Döllener Weg; Wiengs-Druckerei; Druckerei Sönderlich; Köhler & Volkmar, Buchbinderei; Trikot-Müller; Plagwitzer Bahnhof; Schokoladenfabrik Schwarz & Röder; Rauchwarenfabrik Sieglitz, Angerstraße; Stöhr & Co.; Titel & Krüger; Chemische Fabrik Schulze AG; Wetzel Metall; Laver, Chemie; Bremer, Metall, Rojart, Papierfabrik; Postamt W 33.

UB Chemnitz: Rudolf Rostadt, Chemnitz; Speer Chemnitz; Spinnerei Witt, Chemnitz; Spinnerei AG, Gelenau; Textilfabrik, Gelenau; Winkler & Gärtner, Burgstädt; Vogel, Burgstädt; Groller, Markersdorf-Taura; Lehmann, Mühlau b. Burgstädt; Kratzowerke, Grüna; Großlaub, Hainichen; Plau, Burkhardtsdorf; Walter Förster, Eibenberg-Kemtau; Loos & Schubert, Weißbach (Text.); Rahmussen, Zschopau (Metall); Weißthaler Spinnerei; Stache, Mittweida (Text.).

UB Zwickau: Hochwerke Zwickau; Eisenbahnwerkstätte Zwickau; Maschinenfabrik, Zwickau; Holmann & Zinkeisen, Zw.-Zuchsgraben; Kammgarnspinnerei, Zw.-Pölbitz; J. G. Woll, Kirchberg; Gebr. Facius, Lugau i. E.; Pöhsck & Meyer, Glauchau; Gottessegenschacht, Oelsnitz i. E.; Ferdinand Puchert, Kuppertsgrün; Kammgarnspinnerei Dietel, Wilkau; Papierfabrik Zoelle, Wildenfels; Alropa, Textilwerke, Lichtenstein; Gebr. Wolf; Neukirchen (Pleiße).

UB Aue: Clam, Strumpffabrik, Ehrenfriedersdorf, Almannsbacher Schuhfabrik, Ehrenfriedersdorf; NSG-Crottendorf; F. A. Lange, Aue; Blaufarbenwerk, Aue;

UB Plauen: J. Werk, Plauen; Veredelungswerk, Plauen; Baumwollspinnerei, Plauen; Schieber, Reichenbach; Schulz & Denner, Reichenbach; Kapler, Reichenbach; Warthenberg, Auerbach; Filzfabrik Rüdiger, Rodewisch; Textilfabrik Thoren, Falkenstein.

Notprogramm für die Gesundheitsfürsorge

K. R. Der beste Gradmesser für die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse war von jeher ihr Gesundheitszustand. Mit dem sinkenden Lebensstandard verminderte sich auch gleichzeitig die Widerstandskraft gegen Krankheit und Tod, denn Not und Entbehrung sind der günstigste Boden für ernste gesundheitliche Gefahren.

Der Abbau aller sozialen Einrichtungen ist gerade in den letzten Jahren mit unerhörter rücksichtsloser Brutalität durchgeführt worden, um der herrschenden Klasse ihre Profite zu sichern. Die unerhörten Maßnahmen, die besonders durch die sogenannte „Reform" der Reichsversicherungsordnung der Not-Notverordnung des Jahres 1930 durchgeführt wurden, zeigen jetzt erschreckende, katastrophale Auswirkungen. So meldete die „Neue Leipziger Zeitung" vom 31. Januar 1932 die Schließung des Johannstädter Krankenhauses in Dresden, das 1930 nach modernsten und hygienischen Grundsätzen völlig umgebaut wurde. Als Grund gibt die „Neue Leipziger Zeitung" an, daß die Belegziffer in den letzten Monaten bis auf 60 Prozent des Sollbestandes zurückgegangen ist.

Der Rückgang der Krankenziffer ist unter diesen Umständen so gewaltig, daß er bestimmt nicht auf eine wachsende Gesundung der Bevölkerung zurückgeführt werden kann, sondern auf verschärfte Auslese der Kranken, durch die sich auf die Notverordnung stützenden Krankenkassen. Welche Rolle spielen dabei die Kassenärzte? Der größte Teil von ihnen hilft heute dem kapitalistischen Staat auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung beim Sparen, so wie sie im Kriege im Interesse der Kapitalisten die Proleten als Kanonenfutter k. v. schrieben. Völlig enthüllt werden die sozialreaktionären Maßnahmen der herrschenden Klasse durch das „Notprogramm für Gesundheitsfürsorge", geschaffen von Herrn Groener in Verbindung mit den bürgerlichen sozialhygienischen Reichsfachverbänden. Dieses Programm bestätigt von neuem, daß die ärztliche Wissenschaft, solange Klassen existieren, Klassenwissenschaft sein muß. Sie hat nur eine Aufgabe, solange der Kapitalismus herrscht: Die arbeitende Bevölkerung für eine kurze Spanne ihres Lebens ausbeutungsfähig zu erhalten. Nichts beweist das so klar, wie die Vorschläge des Notprogramms in bezug auf die Krüppelfürsorge. Es heißt dort:

„die Fürsorge für Krüppel hat sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Erwerbsbefähigung bzw. die Verhütung drohender Erwerbsbehinderung zu beschränken",

das heißt also, alle anderen Krüppel, die nicht mehr „fabrikreif" gemacht werden können, überläßt man ihrem Schicksal.

Selbstverständlich wird in diesem Notprogramm auf allen Gebieten der Gesundheitspflege die größte Sparsamkeit empfohlen. Daher einige Beispiele: Stärkungsmittel für Säuglinge werden als überflüssig gestrichen. Zwergpflegestellen auf dem Lande sollen in den meisten Fällen eingezogen werden. Weitere Säuglinge sollen von der Anstaltspflege ausgeschlossen werden und der „durchweg vorzuziehenden Familienpflege" überwiesen. Wie aber diese Familienpflege in den Elendsquartieren der Proletarier aussehen wird, braucht nicht näher erläutert zu werden. Die Zahl der Verschickung von Schulkindern, die „nur zum Zwecke der Erholung" stattfinden, soll auf Grund des Notprogramms natürlich auch herabgesetzt werden. Für Proletarierkinder bedeutet das die Beseitigung der einzigen Möglichkeit, ihre durch die schlechten Wohn- und Ernährungsverhältnisse ramponierte Gesundheit wenigstens vorübergehend etwas zu bessern. Das kümmert jedoch die herrschende Klasse wenig, für sie gilt in erster Linie, ihre „Badekur" sicherzustellen. Auf die Schulzahnpflege soll „nach Kräften" das Elternhaus herangezogen werden. Bei der Tuberkulosebekämpfung werden „größere Einschränkungen bei der Anstaltsbehandlung und den Erholungskuren" dringend befürwortet. Sogar die stark ansteckenden Krankheiten sollen künftig zu Hause — und in was für einem zuhause — behandelt werden. Zu all dem kommt noch eine Art Bedürftigkeitsprüfung für Kranke in dem Sinne, daß eine Behandlung nur dann stattfinden soll, wenn 100prozentig die Heilung vorausgesetzt werden und der Gesunde dann bestimmt seine Kraft dem Unternehmertum zur Verfügung stellen kann. Diese unglaublichen Vorschriften sollen zunächst bei der Krüppelbehandlung Anwendung finden. Hier wird die Behandlung sogar davon abhängig gemacht, ob die Kranken „den ernsten Willen haben, sich selbst den Lebensunterhalt zu verdienen". Hier sind der schrankenlosen Willkür der im Dienste des Kapitalismus stehenden Ärzte mehr als bisher Tür und Tor geöffnet.

Im fundamentalen Gegensatz hierzu stehen die Maßnahmen, die das Volkskommissariat für das Gesundheitswesen in der Sowjetunion durchführt. Hier baut man Wohnungen zur Bekämpfung der Tuberkulose, hier gibt man den durch Tuberkulose gefährdeten Arbeitern und Arbeiterinnen die Möglichkeit, ihren Körper in Nachtsanatorien nach Betriebsschluß unter Aufsicht von Ärzten zu pflegen. Hier wird eine bewußte vernünftige Geburtenregelung getrieben, die eine ständige Zunahme der Geburtenziffer zur Folge hat. Der wirtschaftliche Aufbau in der Sowjetunion fördert auch gleichzeitig den Ausbau der Sozialversicherung und ermöglicht die Erhöhung der Versorgungssätze.

Das zeigt allen Armen und Unterdrückten, daß eine zielbewußte fördernde Gesundheitspolitik nur möglich ist in einem vom Kapitalismus befreiten Lande. Die Voraussetzungen hierfür müssen geschaffen werden im täglichen Kampf gegen die soziale Reaktion, durch Bildung einer geschlossenen Front aller Entrechteten.

Vor großen Lohnkämpfen

Die Bourgeoisie führt schon seit Beginn des Jahres eine Kampagne für schnellere und aggressivere Senkung der Löhne und Gehälter. Schon seit Wochen setzt in den Betrieben eine systematische Verkürzung bzw. Beseitigung der Akkordverdienste, der tariflichen Überverdienste und auch der Ferien ein. So wurden in einigen Metallbetrieben, wie im Reineckerwerk Chemnitz und in Textilbetrieben, wie in der Kammgarnspinnerei Pfaffendorf, Leipzig, in ganzen Betriebsabteilungen die Kündigung und Neueinstellung zu verschlechterten Bedingungen ausgesprochen. Im Vordergrund stand hier die Beseitigung der Ferien, wie sie im Manteltarif festgelegt sind. Durch die Aufhebung des früheren Arbeitsverhältnisses und die „Neueinstellung" sollten die tariflichen Verpflichtungen der Kapitalisten zur Bezahlung der Ferien umgangen werden. So sollten gleichzeitig die übrigen Rechte, die sich die Arbeiter und Arbeiterinnen aus dem längeren Arbeitsverhältnis erwarben, beseitigt werden. Dabei findet die Bourgeoisie selbstverständlich die stärkste Unterstützung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Durch diese betrieblichen Angriffe, die in den meisten Fällen eine Vereinbarung auf Durchführung von Lohn- und Gehaltsraub zwischen Unternehmern und der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie sind, soll die allgemeine Senkung der Arbeitsverdienste, die nach dem Ablauf der jetzt geltenden Löhne und Gehälter, schon vorweg genommen werden. Für rund 800 000 Arbeiter und Angestellte sollen die heute schon erbärmlichen Einkommen weiter herabgesetzt werden. Die jetzigen betrieblichen Angriffe der Ausbeuter sind deshalb wichtige Vorpostengefechte für die kommende Entscheidung.

Im Textilbezirk Chemnitz werden Lohnreduzierungen von 15 bis 20 Prozent durchgeführt; in der Alropa Wittgensdorf gelang es dem Unternehmer einen Lohnabbau von 65 Prozent durchzusetzen, ohne daß die Belegschaft einen ernsthaften Widerstand zu leisten in der Lage war. Es ist selbstverständlich, daß die Partei und die RGO in den Betrieben die größte Verantwortung tragen. Nur wenn gegen jeden Unternehmer-Angriff, sei er noch so raffiniert „begründet", die Belegschaft zum Kampf in einer geschlossenen roten Einheitsfront unter Führung der RGO und der Parteizelle aufgerüttelt und organisiert wird, und den Kampf aufnimmt, ist die Vorbedingung geschaffen für die geschlossenen

Widerstandsaktionen der Betriebe und Stempelstellen

gegen die Unternehmerangriffe. Nicht nur den Arbeitern und Angestellten im Betrieb, sondern auch den Erwerbslosen droht durch die geplante Notverordnung eine gewaltige Verschlechterung der Unterstützungen. Schon die Notverordnung Ende März über die „Vereinfachung" der Verwaltung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung bringt eine Möglichkeit der Unterstützungskürzung [illegible] dadurch, daß die Ausbeuter, die von den Arbeitern und Angestellten bereits gezahlten Beiträge zu spät abführen. Es soll durch

Herabsetzung der Unterstützungen, durch Verschärfung des Arbeitslosen-Elends die Voraussetzung einer verschärften Lohnsenkung geschafft werden.

Die Bourgeoisie ist bestrebt, in dieser Richtung so weit als möglich, in allen Industriezweigen vorzustoßen. Signalisierend für die Taktik der Bourgeoisie ist z. B. ihr Vorgehen bei den Eisenbahnern, deren jetzige Tarife bis 1. Juni verlängert sind. Hier zeigt sich, daß die herrschende Klasse für solche Betriebe, die für die Produktion und den Transport von Kriegsmaterial wichtig sind, bemüht ist, zu erwartende Streiks zu umgehen. Die Widerstandsaktionen, die Streiks und Demonstrationen vom Januar in Leipzig, Chemnitz und Dresden sind Dorpmüller und seinen Trabanten gewaltig in die Knochen gefahren. Aber Dorpmüller findet einen Abbau an.

Entlassung von 30 000 Eisenbahnern

Diese Tatsache zeigt, daß die Bourgeoisie mit allen Mitteln, unter Anwendung vielseitiger Methoden, den Lohn- und Gehaltsraub durchzuführen gewillt ist, um sich auf Kosten des Proletariats aus der immer schärfer werdenden Krise herauszuwinden.

Die neue kapitalistische Offensive, die vor allem im Bezirk Sachsen mit großer Aggressivität durchgeführt wird und die verbunden ist mit ständig steigendem Terror, ist wirtschaftlich und politisch ein Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterklasse, der Schwächung und Zerstörung ihres Kampfwillens und damit gleichzeitig ein wichtiges Mittel zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges. Alle Tatsachen zeigen, daß die deutschen Kapitalisten beabsichtigen, zu spät zu dem großen Raubzug gegen die Sowjetunion zu kommen. Deshalb sind sie mit aller Kraft bestrebt, einen entscheidenden Angriff gegen das Proletariat zu führen. Es ist selbstverständlich, daß die Parteieinheiten angesichts dieser Situation mit aller Kraft an die Durchführung der Beschlüsse des ZK und unseres Bezirksparteitages gehen. Schon jetzt liegen Meldungen über bereits geschaffene Zellen, auf Grund der Parteitagsbeschlüsse, vor. Das beweist, daß die Delegierten des Bezirksparteitages nicht nur Beschlüsse faßten, sondern sich selbst auch verantwortlich für die Durchführung der Parteitags-Beschlüsse fühlen. Das ist ein Zeichen für die Wendung in der Parteiarbeit, in der Richtung auf die

Durchführung der Politik vom Betriebe aus,

die jetzt mit aller Kraft einsetzt und von den Delegierten mit Energie durchgesetzt wird. Jetzt gilt es, in

allen Ortsgruppen und Straßenzellen die Parteimitgliedschaft, die im Betrieb arbeitet, zu veranlassen, sich den Betriebszellen wirklich anzuschließen, und in den Zellen die Parteiarbeit aufzunehmen.

Alle Parteileitungen und auch die Delegierten des Bezirksparteitages haben jetzt die Pflicht, eine [illegible] Kampagne in den Ortsgruppen und Straßenzellen zu [illegible], wirklich die Betriebsgenossen zu veranlassen, die Betriebszellenarbeit in Angriff zu nehmen.

Jeder Kommunist mit aller Kraft an die Betriebsarbeit, mit äußerster Energie an die Organisierung des Widerstandes der Belegschaften gegen die räuberischen Angriffe der Ausbeuter.

Rote Einheitsfront gegen Sozialfaschismus

Die wachsende Empörung der Arbeiter in den Betrieben gegen die streikbrecherische Politik der sozialfaschistischen Bürokratie, die immer offener die Lohnraubmaßnahmen der Kapitalisten unterstützen, ist die beste Voraussetzung für die Bildung der roten Einheitsfront gegen die Unternehmer-Offensive, Faschismus und die Kriegsvorbereitungen. Die Bürokratie vom DTV lehnte ganz offen ab, die Belegschaft der Pfaffendorf-Spinnerei in Leipzig zum Streik gegen die völlige Beseitigung der tariflichen Rechte aufzurufen. Im Gegenteil, sie bekämpfte mit den gerissensten Methoden die RGO, um so die Belegschaft vom Kampf gegen den Unternehmer abzulenken.

In Oberlungwitz bei Kühnerth & Mallenburg organisierte die Bürokratie des DTV. den Streikbruch und zwang einige rückständige SPD-Funktionäre zur Streikbrecherarbeit neben den Nazis. Planmäßig versucht die sozialfaschistische Bürokratie die kämpfenden Arbeiter im Interesse der Unternehmer niederzuringen.

Das ist die Unterstützung der Ausbeuterbande durch den Sozialfaschismus.

Es kommt darauf an, jetzt die organisatorischen Stützpunkte der Partei und der RGO zu verstärken, um den sozialfaschistischen Agenten im Betrieb das Handwerk zu legen. Die Werbung von Parteimitgliedern, von RGO-Mitgliedern ist deshalb von größter politischer Bedeutung für die Durchführung der Aufgaben der Partei im Betrieb. Die Schaffung von roten Einheitsfrontorganen zum Kampf für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen. In den obengenannten Betrieben gilt es jetzt den revolutionären Sturmangriff zu organisieren, die Arbeiter zu mobilisieren zum Kampf gegen jeden Unternehmerangriff, gegen die Notverordnungspolitik, gegen Kriegsverbrechen der Imperialisten, gegen den Faschismus, für die Verteidigung der Sowjetunion, für Arbeit, Brot und Freiheit unter Führung der Partei und RGO.

Bravo, Niederhaßlau!

Die Ortsgruppe Niederhaßlau hat beschlossen, die Patenschaft für den großen Textilbetrieb mit 2000 Arbeitern in Silberstraße zu übernehmen. Die Ortsgruppe will dort eine Betriebsgruppe der RGO und — eine Parteizelle schaffen und zeigt, daß so die Ortsgruppen die entscheidenden Betrieb erobern können.

Werbt für die „Illustrierte Bauernzeitung"!